Wahlprüfsteine zum Umgang mit der Alternativen für Deutschland

Gefragt wurden die Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2025, Wahlkreis Steinburg–Dithmarschen-Süd (03).

Als *Netzwerk gegen Rechts Itzehoe* möchten wir von den Kandidaten wissen, wie sie mit der AfD umgehen bzw. umgehen wollen. Außerdem wollten wir wissen, wie sie sich zur Unterstützung marginalisierter Gruppen einsetzen werden. Aus diesem Grund haben wir einige Fragen zu diesem Thema gestellt. Alle Kandidaten haben unsere Fragen beantwortet, dafür bedanken wir uns herzlich. Wir haben diese Fragen bereits zu Beginn des Jahres gestellt und somit zu einer noch deutlich unaufgeregteren Zeit, als es momentan (Stand Anfang Februar) der Fall ist. Die Auswahl der Fragen wäre sicherlich etwas anders und umfangreicher gewesen, hätten wir die Fragen zu einem späteren Zeitpunkt gestellt.

Wir werden keine Wahlempfehlung für die Bundestagswahl 2025 aussprechen. Wir haben die Antworten der Parteien jedoch kommentiert. Wir weisen darauf hin, dass wir den Kandidaten zur Beantwortung der Fragen keine Zeichenbegrenzung gegeben haben. Das würden wir in Zukunft tun. Die Kandidaten haben in einem sehr unterschiedlichen Umfang geantwortet. Dadurch ist unter Umständen keine absolute Vergleichbarkeit der Antworten und Vorhaben möglich.

Da wir ein sehr positives Feedback in den Sozialen-Medien zu den Wahlprüfsteinen erhalten haben, haben wir eine **Podiumsdiskussion** organisiert, **die am 12. Februar um 19 Uhr im HDJ Itzehoe** stattfinden wird. Bei dieser Veranstaltung wollen wir weitere Aspekte beleuchten, Nachfragen zu den Wahlprüfsteinen stellen und über die aktuellen Ereignisse diskutieren.

Wir hoffen, dass diese Wahlprüfsteine und die Veranstaltung eine Hilfe für Sie sein werden, eine informierte Entscheidung bei ihrer Wahl zum Bundestag am 23. Februar zu treffen.

(Reihenfolge nach Eingang der Antworten)

Folgende Kandidaten haben die Fragen beantwortet:	**Folgende Kandiaten nehmen an der Podiumsdiskussion teil**
Tobias Rückerl - FDP	Michael Wamser - FDP
Marco Schulz – Volt	Marco Schulz – Volt
Fabian Faller – Grüne	Fabian Faller – Grüne
Tobias Braunsdorf – Linke	Tobias Braunsdorf – Linke
Hauke Thießen – SPD	Hauke Thießen – SPD
Mark Helfrich – CDU	CDU wurde angefragt, Stand 01.02. keine Zu- Absage erhalten.

Die Fragen:

1.) Wie stehen Sie zu einer Zusammenarbeit mit der *Alternative für Deutschland* (AfD)?.....Seite 3

2.) Die AfD ist eine in weiten Teilen gesicherte rechtsextreme Partei. .....Seite 4

Was haben Sie vor, gegen das Erstarken der AfD zu unternehmen?

Bitte nach Vorhaben in (2.a) Bundestag und (2.b) Wahlkreis aufschlüsseln

3.) Wie stehen Sie zu einem AfD-Verbotsverfahren? .....Seite 8

4.) Die Haushaltslage gilt allgemein als prekär. Wie stehen Sie zu der Finanzierung von demokratie-fördernden Programmen?.....Seite 10

5.) Wie haben Sie vor die Unversehrtheit von queeren Menschen zu schützen? .....Seite 12

Bitte nach Vorhaben in (5.a) Bundestag und (5.b) Wahlkreis aufschlüsseln

	1.) Wie stehen Sie zu einer Zusammenarbeit mit der *Alternative für Deutschland* (AfD)?
Tobias Rückerl[1]	Die FDP lehnt eine Zusammenarbeit mit der AfD strikt ab. Die Werte der AfD stehen in fundamentalen Widerspruch zu den Prinzipien der Freiheit, Demokratie, und Rechtsstaatlichkeit, die die FDP vertritt. Wir sehen es als unsere Pflicht, extremistischen Tendenzen entgegenzutreten und für eine weltoffene und liberale Gesellschaft einzutreten.
Marco Schulz	Volt schließt jede Form der Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch aus. Aufgrund ihrer Einstufung als gesichert rechtsextrem in einigen Bundesländern sowie als rechtsextremer Verdachtsfall in anderen, unterstützt Volt die Prüfung eines Parteiverbots durch das Bundesverfassungsgericht. Eine Partei, die demokratische Grundwerte und Menschenrechte offen infrage stellt, kann kein Partner in einer demokratischen Zusammenarbeit sein.
Fabian Faller	Das ist ganz einfach zu beantworten. Selbstverständlich gibt es keine Zusammenarbeit mit der AfD. Wir Grüne sind da unumstößlich. Wir wählen sie nicht in Ämter, wir helfen ihnen nicht und wir unterstützen auch keine Anträge, die inhaltlich richtig sind, wenn sie von der AfD kommen und wir werden auch alles in unserer Macht stehende tun, dass alle Demokrat*innen miteinander die Brandmauer einhalten.
Tobias Braunsdorf	Die Zusammenarbeit mit der AfD ist ausgeschlossen. Das ist nicht nur meine persönliche Position, sondern die Grundhaltung der Linken und sollte auch unbestreitbarer demokratischer Konsens sein. Leider sieht man in vielen Städten und Gemeinden der Republik, dass dies nicht für alle Parteien und Mandatsträger*innen so selbstverständlich ist.

[1] Alle Fragen an die FDP wurden von Tobias Rückerl, stellvertretender Kreisvorsitzender der FDP Kreis Steinburg und in Abstimmung mit Michael Wamser (Direktkandidat für den Wahlkreis 03) beantwortet.jl

Die Linke	
Mark Helfrich CDU	Ich schließe sie aus.
Hauke Thießen SPD	Eine Zusammenarbeit mit der AfD schließe ich klar aus. Eine Kooperation mit rechten Parteien steht im Widerspruch zu den Grundwerten der SPD.
Netzwerk gegen Rechts Itzehoe	Alle Parteien schließen eine Zusammenarbeit mit der AfD aus. Die CDU und FDP haben seit dem Beantworten dieser Frage jedoch am 29.01.25 gemeinsam mit der AfD gestimmt. Dass es zu einer gemeinsamen Abstimmung kommen wird, war vorher klar, jedoch (so sagen es die Parteien) nicht mit der AfD abgesprochen. Sowohl FDP als auch CDU definieren diese Abstimmung nicht als Zusammenarbeit. Wir kritisieren das Vorgehen der FDP und CDU aufs äußerste und sind der Meinung, dass die Brandmauer gefallen ist. Wir begrüßen eine klare Haltung der Parteien, die sagen, dass sie NICHT mit der AfD zusammenarbeiten. Am Ende des Tages zählen die Handlungen und nicht die Absichten oder Antworten – das gilt für alle Parteien.

	2.) Die AfD ist eine in weiten Teilen gesicherte rechtsextreme Partei. **Was haben Sie vor, gegen das Erstarken der AfD zu unternehmen?** **Bitte nach Vorhaben in (2.a) Bundestag und (2.b) Wahlkreis aufschlüsseln**

Tobias Rückerl Freie Demokraten FDP	Bundestag: Förderung politischer Bildung: Wir setzen uns dafür ein, die politische Bildung zu stärken, um demokratische Werte bereits in Schulen und Universitäten zu vermitteln.Transparenz und Fakten: Die FDP wird Desinformation bekämpfen, indem wir die Mittel für Aufklärung und Faktenchecks erhöhen. Stärkung des Rechtsstaats: Radikale Hetze und extremistisches Handeln dürfen keinen Platz in der Gesellschaft haben. Wir fordern eine konsequentere Anwendung von bestehenden Gesetzen gegen Hasskriminalität und Extremismus.
	Wahlkreis: Dialog vor Ort: Wir werden stärker mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch gehen, auch über soziale Netzwerke,, ihre Sorgen ernst nehmen und aufklären, um Ängste und Vorurteile zu adressieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen möchten wir ein Angebot für konstruktive und lösungsorientierte Diskussionen schaffen. Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen: Unterstützung von Projekten und Vereinen, die sich für Toleranz und Demokratie einsetzen.
Marco Schulz Volt	Bundestag: Volt steht für pragmatische, evidenzbasierte und lösungsorientierte Politik. Hierfür muss sehr individuell an unterschiedlichen Politikfeldern angesetzt werden. Beispielhaft hierfür sind die Stärkung der für Migration zuständigen Behörden um funktionierende Integrationsarbeit leisten zu können, der Ausbau von Sozialversicherungssystemen, um der Bevölkerung die Angst vor Armut zu nehmen sowie der Ausbau von funktionierenden Bildungsangeboten für alle Altersstufen. Stärkung der Demokratie durch Bildung: Einführung eines Bildungszeitgesetzes und den Ausbau von politischer Bildung, um Bürger*innen zu informieren und gegen Desinformation zu wappnen.Bekämpfung sozialer Ungleichheit: Reform der Erbschafts- und Vermögenssteuer sowie eine gerechte Verteilung der Steuerlast, um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Stärkung der Integrationspolitik: Förderung von funktionierenden Integrationssystemen, um Vorurteile abzubauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Transparenz und Regulierung sozialer Medien: Bekämpfung von Hassrede und Desinformation durch striktere Regulierung von Plattformen und mehr Transparenz bei Algorithmen.
	Wahlkreis: Aufklärungs- und Dialogformate: Organisation von Veranstaltungen und Bürgerdialogen, die Desinformationen entkräften und den demokratischen Diskurs fördern. Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen: Förderung lokaler Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus und für eine lebendige Demokratie einsetzen. Schulprojekte: Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen, um Programme gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu etablieren und politische Bildung zu stärken
Fabian Faller	Bundestag: Der Aufstieg der AfD hat viel mit den multiplen Krisen unserer Zeit zu tun. Die Bewältigung dieser Krisen muss der zentrale Ansatzpunkt sein.Extremismus – egal ob politisch oder religiös motiviert – sät Hass, spaltet unsere Gesellschaft

	und ist der Wegbereiter für Gewalt und Terror. Weil er sich stetig wandelt und durch Radikalisierung im digitalen Raum komplexer wird, müssen wir ihm aufmerksam und energisch entgegentreten und Instrumente entsprechend anpassen. Sehr viele radikalisieren sich heute vermehrt im digitalen Raum. Die größte Gefahr geht aktuell laut Bundesamt für Verfassungsschutz vom Rechtsextremismus aus. Mit frühzeitiger Prävention verhindern wir, dass Menschen in den Extremismus abrutschen – diese Arbeit wollen wir durch eine starke, dauerhafte Finanzierung sichern. Wir brauchen Programme wie „Demokratie leben!“, Angebote für Aussteiger*innen aus der rechtsextremen Szene oder Deradikalisierungsprogramme für den Justizvollzug. Diese Arbeit wollen wir mit einem Demokratiefördergesetz gesetzlich absichern. Extremistische Netzwerke müssen von den Sicherheitsbehörden intensiv beobachtet und Vereinsverbote konsequent ausgesprochen werden. Verfassungsfeind*innen müssen konsequent entwaffnet werden. Der Staat muss sicherstellen, dass Extremist*innen keine öffentlichen Ämter bekleiden oder in Sicherheitsbehörden tätig sind.
	Wahlkreis: Das gleiche gilt natürlich auch für Schleswig-Holstein. Auch hier brauchen wir starke Landesprogramme, die das Angebot aus dem Bund ergänzen. Dafür stellen wir Haushaltsmittel bereit. Wir haben die Kompetenzen und Fähigkeiten unseres landeseigenen Verfassungsschutzes gestärkt, damit er auch gegen Extremist*innen im Netz schlagkräftig ist. Politisch ist es uns wichtig, im Landtag und vor Ort in den kommunalen Gremien und im Kreistag darauf hinzuwirken, dass die Parteien des demokratischen Spektrums gegen die AfD zusammenstehen.
Tobias Braunsdorf 	Bundestag: Die Ampelkoalition hat ihr Versprechen gebrochen, zivilgesellschaftliche Organisationen durch ein Demokratiefördergesetz zu schützen. Wir wollen so ein Gesetz verabschieden. Außerdem unterstützt die Linke den Antrag, die Verfassungswidrigkeit der AfD vom Bundesverfassungsgericht prüfen zu lassen. Die Einstellung der Menschen, ihre Enttäuschung in Regierung und Politik insgesamt spielt eine entscheidende Rolle. Darum muss es auch darum gehen, das Leben aller Menschen durch gute Sozialpolitik zu verbessern. Soziale Ungleichheit ist der Nährboden rechter Politik. Indem wir klar machen, dass die Grenze nicht zwischen „uns“ und „Fremden“ sondern zwischen oben und unten verläuft, arbeiten wir gegen den Rechtsruck.
	Wahlkreis: Es ist Tradition bei den Abgeordneten der Linken, dass wir einen relevanten Teil unserer Diäten an Vereine und Projekte spenden. Da werde ich keine Ausnahme sein. Durch diese finanzielle Unterstützung hilft man den ehrenamtlich engagierten Menschen vor Ort sich für unsere Demokratie auch in der Fläche einzusetzen. Außerdem können wir so zum Beispiel Sportvereine in ländlichen Regionen erhalten und so ganz aktiv gegen eine Verschlechterung der Lebensumstände im Wahlkreis aktiv werden. Und natürlich beteiligt sich die Linke auch vor Ort an Protesten gegen rechts und unterstützt Vereine und Initiativen.

Mark Helfrich CDU	Bundestag: Ich arbeite derzeit mit Kollegen daran, das im Bundesverfassungsgerichtsgesetz geregelte Parteienverbotsverfahren zu reformieren und gangbar zu machen. So wie es derzeit geregelt ist, hilft es nur den Verfassungsfeinden und ein erneutes Scheitern in Karlsruhe ist wegen der geringen Qualität des Verfahrens vorprogrammiert. Wir brauchen ein Verfahren, in dem eine unabhängige Instanz mit Ermittlungsbefugnis und -erfahrung, z.B. ein Sonderermittler, die Sachverhaltsaufklärung betreibt. Das leistet der Verfassungsschutz bislang nicht.
	Wahlkreis: Die beste Medizin gegen Extremisten und Populisten sind gute Arbeit vor Ort und ganze viele Gespräche mit den Menschen im Wahlkreis.
Hauke Thießen SPD	Bundestag: Ich werde mich im Bundestag klar für demokratische Kandidat*innen in einflussreichen Positionen einsetzen und z.B. gegen Ausschussvorsitzende rechter Parteien votieren.
	Wahlkreis: Die SPD unterstützt lokale Gruppierungen zur Stärkung unserer Demokratie. Die SPD gehört beispielsweise zu den Gründungsmitgliedern eines neuen Bündnisses für Demokratie in der Stadt Itzehoe. Ich besuche regelmäßig Demonstrationen für Demokratie und CSDs in verschiedenen Städten und Gemeinden.
Netzwerk gegen Rechts Itzehoe	Rückerl (FDP): Politische Bildung, Demokratieförderung und Arbeit gegen Desinformation sind wichtig und richtig. Das sind notwendige Langzeit-Strategien, aber keine unmittelbare Arbeit direkt gegen die AfD jetzt. Alle genannten Punkte sind gut. Grundsätzlich muss man bei der FDP skeptisch sein, was die Finanzierung von öffentlichen Projekten angeht. Schulz (Volt): Auch Schulz spricht von der Förderung von Bildung, Demokratieförderung und Arbeit gegen Desinformation (durch die Regulierung von sozialen Medien). Zusätzlich finden wir die Nennung der Finanzierungs-Vorhaben gut sowie die Arbeit für Integration und gegen Armut. Alle von Schulz genannten Punkte sind gut. Faller (Grüne): Faller nennt direkt einen Grund für den Aufstieg der AfD, sehr gut. Es wird aber nicht genauer auf den Zusammenhang des Erstarkens und den genannten „multiplen Krisen“ (und welche genau?) eingegangen. Bewältigung der Krisen klingt gut, aber ungenau. Auch Faller nennt die Demokratieförderung und Aussteigerprogramme für extreme Rechte als wichtig. Zusätzlich nennt Faller die Stärkung von Sicherheitsbehörden und betont die bereits erfolgte Kompetenzerweiterung des landeseigenen Verfassungsschutzes. Bei der Stärkung von Sicherheitsbehörden und des Verfassungsschutzes kann man skeptisch sein. Der Verfassungsschutz hat im NDP-Verbotsverfahren und dem NSU-Komplex keine gute Rolle gespielt. Zur Bewertung dieser Forderungen muss man sich sehr genau mit diesen neuen Kompetenzen befassen. Braunsdorf (Linke): Braunsdorf unterstützt das Verbotsverfahren und bringt die soziale Frage in den Kontext des Erstarkens der AfD und nennt eine gerechte Sozialpolitik als Mittel gegen die AfD. Auch Braunsdorf möchte

	Demokratieförderungsprogramme unterstützen und verweist darauf, dass Abgeordnete des Bundestags für verschiedene Initiativen spenden. Wir sehen die soziale Frage als wesentlich in der Arbeit gegen die AfD an. Wie eine gerechte Sozialpolitik aussieht und wie diese finanziert werden kann, ist dann die Anschlussfrage. Helfrich (CDU): Helfrich strebt eine Reform des durch das Bundesverfassungsgerichtsgesetz geregelte Parteienverbotsverfahren an, da er davon ausgeht, dass das angestrebte Verfahren scheitern wird. U.a. nennt Helfrich die Notwendigkeit einer Instanz mit eigenen Ermittlungsbefugnissen. Wir sind skeptisch was eine neue ermittelnde Behörde betrifft. Zur Bewertung dieser Forderung muss man sich sehr genau mit den Reformvorschlägen befassen. Historisch betrachtet ist es grundsätzlich richtig, dass Parteiverbotsverfahren nicht einfach auszusprechen sind. (Ein weiterer Kommentar zum Verbotsverfahren siehe Frage 3) Zusätzlich nennt Helfrich eine gute Arbeit und den Dialog vor Ort als „beste Medizin“ gegen Extremisten und Populisten. Das ist grundsätzlich richtig, was nun aber „gute Arbeit“ besonders im Kontext der AfD bedeutet, ist unklar. Lediglich ein Verweis auf die Reform des Verbotsverfahren und unklare „gute Arbeit“ vor Ort sind unserer Meinung nach nicht ausreichend.

	3.) Wie stehen Sie zu einem AfD-Verbotsverfahren?
Tobias Rückerl Freie Demokraten FDP	Die FDP steht der Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens grundsätzlich kritisch gegenüber. Ein Verbot muß rechtlich gut begründet sein und darf nicht aus rein politischen Erwägungen erfolgen. Die freiheitliche Demokratie sollte sich primär durch die politische Auseinandersetzung und die Stärkung demokratischer Strukturen verteidigen. Ein Verbot kann als Märtyrer-Narrativ mißbraucht werden und die zugrundeliegenden Probleme nicht lösen. Sollte jedoch die AfD oder Teile davon nachweislich und aktiv die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen, muß ein solches Verfahren geprüft werden.
Marco Schulz Volt	Volt steht für eine wehrhafte Demokratie und unterstützt die Prüfung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD durch das Bundesverfassungsgericht. Ein Verbot sollte jedoch nur dann erfolgen, wenn eindeutig nachgewiesen ist, dass die Partei aktiv gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung arbeitet. Ziel ist es, rechtsextremen Strukturen den Nährboden zu entziehen und die Demokratie zu schützen.

Fabian Faller BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Wir halten die AfD für eine rechtsextreme Partei, deren Konzept sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet und aktiv versucht, dieses Konzept in die Realität umzusetzen. Klar ist aber auch, der Schuss vor dem Bundesverfassungsgericht sollte sitzen. Scheitert ein entsprechender Antrag, könnten die Folgen dramatisch sein. In dem Entwurf für unser Bundeswahlprogramm steht: Sobald die rechtlichen Voraussetzungen mit einer hinreichenden Wahrscheinlichkeit vorliegen, treten wir für die Stellung eines Antrages beim Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der AfD ein. Das wird sicherlich auf dem Parteitag noch diskutiert werden. Es gibt viele, die sagen, dass die Voraussetzungen schon gegeben sind und dass mit der konkreten Planung und Vorbereitung des Antrags besser heute als morgen gestartet werden sollte, da auch bereits die Antragstellung zeitlichen Vorlauf braucht. Andere beziehen sich auf juristische Expertise, welche die Voraussetzungen noch nicht hinreichend gegeben sieht. So oder so: Wir kämpfen weiter gegen den Rechtsextremismus der AfD.
Tobias Braunsdorf Die Linke	Sowohl meine Partei als auch ich persönlich unterstützen, dass das Bundesverfassungsgericht ein AfD-Verbot prüft. Die verfassungsfeindlichen Bestrebungen sind u.E. in der Partei klar verankert. Programm und Politik der Partei gehen von einem rassistischen Volksbegriff aus, der im Konflikt mit dem Grundgesetz steht. Durch ihre Abgeordneten-Diäten, die Beschäftigung von Mitarbeitern und die Parteienfinanzierung erhält die rechtsextreme Szene in Deutschland erhebliche finanzielle Zuwendungen. So werden beispielsweise Verlage erhalten und ausgebaut, welche eine klar menschenfeindliche Agenda verfolgen. Bereits durch das Beenden dieses Geldflusses kann unsere Demokratie viel gewinnen. Dazu kommt: in nahezu jedem rechtsterroristischen Komplex der letzten Jahre spielen AfD-Leute eine Rolle.
Mark Helfrich CDU	Ein kurz vor einer Bundestagswahl durch den Bundestag angestrengtes AFD-Verbotsverfahren halte ich für einen schweren Fehler und zwar unabhängig davon, wie die Abstimmung darüber im Bundestag ausgehen sollte. Kommt der Beschluss zustande, würde das die Opferrolle der AfD stärken und bei vielen Menschen (weit über die AfD-Anhängerschaft hinaus) auf Unverständnis stoßen. Kommt er nicht zustande, wäre das quasi ein Persilschein ausgestellt durch den Deutschen Bundestag
Hauke Thießen SPD	Ich unterstütze die Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens. Die wehrhafte Demokratie darf sich die fortwährenden Angriffe auf demokratische Institutionen und Personen nicht gefallen lassen.

Netzwerk gegen Rechts Itzehoe	Wir begrüßen jede Bemühung die AfD zu verbieten, sofern ein solches Verfahren aussichtsreich ist. Ein Verbot würde das Problem von Rechten und Rechtsradikalen nicht auf einen Schlag beheben, aber die Bewegung stark schwächen. Ein Verfahren, das jedoch scheitert, wäre eine Katastrophe. Die AfD gälte somit als legitime Partei. Die Möglichkeit eines Scheiterns des Verfahrens darf jedoch auch kein Grund sein, es nicht zu versuchen. Ob ein solches Verfahren derzeit eine Aussicht auf Erfolg hat, können wir nicht beurteilen. Wir hoffen, dass die 17 Professorinnen und Professoren von verschiedenen Hochschulen, die sich dazu im November geäußert haben und der Meinung sind, dass es aussichtsreich ist, recht haben. (https://www.tagesschau.de/inland/afd-verbotsverfahren-104.html)

	4.) Die Haushaltslage gilt allgemein als prekär. Wie stehen Sie zu der Finanzierung von demokratie-fördernden Programmen?
Tobias Rückerl Freie Demokraten FDP	Die FDP befürwortet die Finanzierung von Programmen, die Demokratie fördern, hält jedoch eine effektive und transparente Verwendung der Mittel für unerlässlich. Gerade in schwierigen Haushaltslagen ist es wichtig, Mittel effizient einzusetzen und Projekte zu fördern, die nachweislich Wirkung zeigen.
Marco Schulz Volt	Volt sieht demokratie-fördernde Programme als essenzielle Investition in die Zukunft. Initiativen wie „Demokratie leben“ oder die Förderung von Bildungsangeboten zur politischen und gesellschaftlichen Aufklärung stärken die demokratische Kultur. Besonders wichtig ist die Verankerung dieser Programme im Bundeshaushalt, um eine langfristige Finanzierung zu sichern.
Fabian Faller BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Die Haushaltslage gilt allgemein als prekär. Wie stehen Sie zu der Finanzierung von demokratie-fördernden Programmen? Es wäre sehr wichtig, wenn das Demokratiefördergesetz käme. Damit würde die Arbeit der Einrichtungen gegen rechtsextremistische, rassistische und antisemitische Tendenzen verstetigt werden. Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige Zivilgesellschaft. Die gemeinsame Trägerschaft unserer Demokratie lebt von Bürger*innen, die sich informieren und einbringen. Diese Möglichkeit braucht Zeit und Ressourcen – und ist deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit. Durch eine verlässliche Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken wir unsere

	demokratische Kultur. Der Schutz der Demokratie ist eine zentrale Aufgabe des Staates.
Tobias Braunsdorf Die Linke	Diese Programme müssen durch ein Demokratiefördergesetz verstetigt und ausgebaut werden. Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus und für mehr Demokratie engagieren, sowie Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant*innen wollen wir durch ein Demokratiefördergesetz stärker und endlich dauerhaft fördern! Statt immer wieder Kürzungen abwehren zu müssen, sollten wir die Reichen stärker an den Staatsausgaben beteiligen. Denn bisher zahlen Millionäre im Schnitt 25% Steuern und Abgaben – eine Familie mit einem Durchschnittsgehalt aber 43%!
Mark Helfrich CDU	Diese Programme können einen wichtigen Beitrag leisten. Eine öffentliche Finanzierung kann es aber nur für Programme geben, die ein hohes Maß an personeller und inhaltlicher Integrität besitzen.
Hauke Thießen SPD	Als Lehrer unterstütze ich selbstverständlich Maßnahmen zur Demokratieförderung und bin der Meinung, dass diese auch im Haushalt abgebildet werden müssen.
Netzwerk gegen Rechts Itzehoe	Alle möchten selbstverständlich demokratie-fördernde Programme finanziell unterstützen. Faller (Grüne) hofft, dass das Demokratieförderungsgesetz verabschiedet wird und somit eine Verstetigung dieser Arbeit eintritt. Helfrich (CDU) und Rückerl (FDP) knüpfen ihre Unterstützung an die Bedingung, dass sie „ein hohes Maß an personeller und inhaltlicher Integrität besitzen“ (Helfrich) bzw. „die Mittel effizient“ (Rückerl) eingesetzt werden. Hier wäre es notwendig nachzufragen, wie das jeweils gemeint ist und schlussendlich beurteilt wird. Egal, welche Regierungskoalition zustande kommen wird, hier gilt es ganz genau hinzuschauen, was die Parteien am Ende in einem Koalitionsvertrag beschließen und in der Folge umsetzen. Alle Parteien halten Demokratieförderung in der Arbeit gegen die AfD für wichtig – am Ende kommt es immer auf die Finanzierung an – am Ende kommt es auf die Taten an.

	5.) Wie haben Sie vor die Unversehrtheit von queeren Menschen zu schützen? Bitte nach Vorhaben in (5.a) Bundestag und (5.b) Wahlkreis aufschlüsseln
Tobias Rückerl Freie Demokraten FDP	Im Bundestag: Schärfung von Gesetzen: Verbesserung des Schutzes vor Hasskriminalität durch klarere Gesetzgebung und konsequentere Strafverfolgung. Förderung von Aufklärung: Bundesweite Sensibilisierungskampagnen und Einbindung queerer Themen in den Bildungsplänen.
	Im Wahlkreis: Netzwerke stärken: Aufbau und Pflege regionaler Netzwerke und Gruppierungen zur Förderung von Demokratie-Bildung und gegenseitiger Unterstützung.
Marco Schulz Volt	Verankerung der Geschlechtsidentität und sexuellen Vielfalt als Diskriminierungsmerkmale inArtikel 3 des Grundgesetzes. Einführung der Co-Mutterschaft, Gleichstellung bei reproduktiven Maßnahmen, Ausbau medizinischer und psychologischer Behandlungsangebote, Abschaffung von Konversionsbehandlungen und Förderung von Bildungs- und Forschungsprojekten. Verfassungsänderung: Verankerung von Geschlechtsidentität und sexueller Vielfalt als Diskriminierungsmerkmale in Artikel 3 des Grundgesetzes. Rechtsreformen: Einführung der Co-Mutterschaft und Gleichstellung bei reproduktiven Maßnahmen sowie gesetzliche Abschaffung von Konversionsbehandlungen. Ausbau von Versorgung: Förderung diskriminierungsfreier medizinischer und psychologischer Unterstützungsangebote. Bildung und Forschung: Finanzierung von Projekten zur Förderung der Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt.
	Aufklärungsarbeit: Durchführung von Sensibilisierungsprojekten in Schulen und Gemeinden, um Vorurteile gegenüber queeren Menschen abzubauen. Unterstützung lokaler Netzwerke: Förderung von LGBTQIA+-Initiativen und Beratungsstellen, die vor Ort Hilfe und Aufklärung leisten. Sichtbarkeit: Organisation und Unterstützung von Veranstaltungen wie CSDs oder Diskussionsabenden, um queeren Menschen eine Plattform zu bieten.
Fabian Faller BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Es bedarf gesellschaftlicher Akzeptanz queerer Menschen und ihren Rechten, eine Null-Toleranz-Strategie von Staat und Sicherheitsbehörden gegenüber Diskriminierung und Straftaten gegen queere Menschen und ihr Umfeld sowie eine unmissverständliche Solidarität mit den Rechten queerer Menschen, zu allererst ihrem Recht auf Selbstbestimmung. Zur wirksamen Bekämpfung von Rechtsextremismus, der Bedrohung ganzer Bevölkerungsgruppe sowie von Hass und Hetze bedarf es einer koordinierten Gesamtstrategie, die das Problemfeld auf sämtlichen Ebenen bearbeitet. Der entschlossene Kampf gegen Rechtsextremismus und rechtsextreme Gewalttaten ist auch der Ausgangspunkt zum Schutz queerer Menschen. Die zahlreichen queerfeindlichen Hassverbrechen sind alarmierend. Daher sind die Maßnahmen im Bereich Sicherheit von besonderer Bedeutung. Deshalb wurden geschlechtsspezifische sowie gegen die sexuelle Orientierung

	gerichtete Tatmotive explizit in die Regelung zur Hasskriminalität aufgenommen und der Arbeitskreis „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ mit Teilnehmenden aus Wissenschaft und Praxis eingerichtet. Die Bundesregierung hat zudem unter anderem die Gewaltschutzstrategie nach der Istanbul-Konvention verabschiedet, in der queer-feindliche Gewalt als Form geschlechtsspezifischer Gewalt explizit adressiert wird und den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen politisch-motivierter Kriminalität bezüglich LSBTIQ*-feindlichen Straftaten angepasst.
	In Schleswig-Holstein verfügt die Polizei über eine gesonderte Dienststelle zur Bearbeitung queer-feindlicher Straftaten, die Zentrale Ansprechstelle LSBTIQ*. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, online Strafanzeige zu erstatten (Opferschutz (Link)).Wir wollen, dass Beratungsstellen und Selbstorganisationen langfristig abgesichert und ausgebaut werden sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gestärkt wird. Mit einem Nationalen Aktionsplan Antidiskriminierung wollen wir eine wirksame Antidiskriminierungspolitik umsetzen. Mit der Schaffung der Beauftragten für Antidiskriminierung, Queeres Leben, Antirassismus und Antiziganismus haben wir die politische Stärkung von Vielfalt noch stärker verankert. Wir wollen ihre und die Arbeit der weiteren Beauftragten für gesellschaftliche Vielfalt weiter stärken.
Tobias Braunsdorf Die Linke	Politiker*innen haben die Aufgabe, allen Menschen ein gutes und sicheres Leben zu ermöglichen. Die Rechte queerer Menschen müssen vor Angriffen von Rechts, aber leider auch zunehmend aus der Mitte der Bevölkerung verteidigt werden. Deshalb muss Artikel 3 des Grundgesetzes um sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität erweitert werden. Das Selbstbestimmungsgesetz wollen wir in Abstimmung mit queeren Interessenvertretungsorganisationen verbessern. Auch die Gesundheitsversorgung von queeren Menschen wollen wir verbessern
	Queere Menschen werden in der Öffentlichkeit vermehrt angegriffen, müssen es sich dreimal überlegen, ob sie offen zeigen, dass sie nicht heteronormativ sind und finden nur schwer Communities, in denen sie sich wirklich sicher fühlen können. Gerade auf dem Land ist das ein Problem. Während es in Städten entsprechende Treffs gibt, suchen wir diese in der ländlichen Region vergebens. Queere Orte, Jugendzentren, Projekte, Bars und Clubs müssen geschützt werden – auch vor Wuchermieten und Kürzungen staatlicher Zuschüsse. Die queere Jugendarbeit muss kommunale Pflichtaufgabe werden.
Mark Helfrich	Mir ist es wichtig, dass wir bei der Unversehrtheit alle vulnerablen Gruppen gleichermaßen in den Blick nehmen. Queere Menschen sind zweifelsohne in besonderer Weise gefährdet. Die Polizei und andere Sicherheitsbehörden, die in erster Linie für den Schutz von Menschen verantwortlich sind, müssen das bei ihrer Arbeit berücksichtigen. Der Gesetzgeber kann hier nur indirekt Einfluss nehmen, wenn es um die personelle, sachliche und kompetenzmäßige Ausstattung der oben genannten

CDU	Stellen oder die Anpassung des Strafrahmens oder der Strafzumessung im Strafrecht geht.
	b) Im Wahlkreis geht es insbesondere um das Rückenstärken in Wort und Tat im Alltag, um Gewalt, Hetze und Häme keinen Raum zu geben.
Hauke Thießen SPD	Ich werde solche Gesetze unterstützen, welche die Unversehrtheit aller Menschen in Deutschland in allen Lebensbereichen garantieren. Ich werde mich gegen strukturelle Diskriminierung einsetzen.
	Ich besuche regelmäßig Demonstrationen für Demokratie und CSDs in verschiedenen Städten und Gemeinden, bin für Bürger*innen ansprechbar und unterstütze lokale Bündnisse und Initiativen, wie beispielsweise das "Bündnis für Toleranz Kellinghusen und Umgebung".
Netzwerk gegen Rechts Itzehoe	Wir sehen es kritisch Strafverfolgung mit Schutz gleichzusetzen, da es im Falle einer Straftat bereits an Schutz mangelte. Während die Teilnahme an Demonstrationen und CSDs ein wichtiges Zeichen setzt, ist dies leider zu wenig, um den Schutz für queere Menschen* zu erhöhen. Queerfeindlichkeit und struktureller Diskriminierung muss aktiv entgegengewirkt werden. Um herauszufinden, wie dies praktisch aussehen kann, muss den Akteuren aus der Community zugehört und ihre Expert*innenmeinung anerkannt werden. (Die Abschaffung des Selbstbestimmungsgesetz, wie die CDU es im Wahlprogramm stehen hat, ist das Gegenteil von Schutz und Sicherheit für die queere Community, sondern verfestigt diskriminierende Strukturen.) * *queer* soll hier stellvertretend für alle Menschen stehen, die sich der LSBTIQA-Community zugehörig fühlen und keinesfalls Menschen ausschließen.